

Fünf Jahre sind vergangen, seit die Zwillingstürme des World Trade Centers in Schutt und Asche versanken. Rückblickend erscheinen die Ereignisse des 11. September 2001 als Memento für den von Samuel Huntington bereits mehr als ein Jahrzehnt zuvor befürchteten Zusammenprall der Kulturen. Während die bewaffneten Gewaltkonflikte des 20. Jahrhunderts um politische Macht und Vorherrschaft innerhalb staatlicher Grenzen oder zwischen Staaten ausgetragen wurden, besitzen heute weder staatliche Grenzen noch Staaten selbst für den Terrorismus des 21. Jahrhunderts eine klar zurechenbar mobilisierende oder zügelnde Wirkung. Die jüngst im August 2006 in London vereitelten Anschläge auf Flugzeuge der Nordatlantikroute wurden in Großbritannien maßgeblich von unbescholtenen Bürgern mit britischem Pass geplant, die jedoch lediglich über einen Migrationshintergrund in islamisch geprägten Staaten und allerdings über Verbindungen zu terrorverdächtigen Kreisen in den jeweiligen Ursprungsländern verfügten. Die Verlagerung der Akteursebene vom staatlichen auf den gesellschaftlichen Rahmen liefert jedoch nur *einen* möglichen Hinweis für neue Paradigmen des Konfliktaustrags. Auch die Zielebene weist veränderte Merkmale auf. Viele Terroranschläge zielen nicht auf gewaltsame Machtverschiebungen zwischen bestimmten Personen und Personengruppen, sondern auf die Schädigung und nachhaltige Demoralisierung der durch sie jeweils repräsentierten Gesellschaften. Das von Peter Waldmann beschriebene Ziel von Terror: Herbeiführung von Kommunikation zwischen ungleichen Akteuren, die andernfalls nicht gleichberechtigt miteinander in Kontakt treten würden, trifft für den heute dominierenden Terrorismustypus allenfalls in pervertierter Form zu. Der Gewaltakt selbst wird zur kommunikativen Botschaft, deren Inhalt darauf zielt, einer anderen Gesellschaft, einer Kultur, einem Volk oder einer Religion das Existenzrecht abzuspochen. Problembewältigung und Kompromissfindung spielen keine Rolle mehr.

Wie aber ist einer Gefährdung und ihren Urhebern zu begegnen, wenn letztere offenbar weder vor einem Massenmord noch sogar vor dem Täterselbstmord zurückschrecken? Wie können angesichts dessen globale Gefahrenpotenziale verringert und strukturelle Prävention effizienter gestaltet werden? Welche Instrumente äußerer und innerer Sicherheit müssen vorgehalten oder entwickelt, welche Akteure eingebunden werden, um die Legitimation und Plausibilität sowie schließlich den Erfolg der Terrorbekämpfung zu gewährleisten?

Trotz vielfach kluger Erklärungsversuche über die Ursachen und Folgen des neuzeitlichen Terrorismus dominiert weiterhin Ratlosigkeit, wenn es um die geeigneten politischen Instrumente der Terrorbekämpfung geht. Die militärischen Gegenschläge der Bush-Regierung haben zwar zur Entmachtung autoritärer Regime geführt, jedoch das Ziel eines global verringerten Terrorrisikos auf katastrophale Weise verfehlt. Stattdessen: Die USA und ihre Verbündeten haben sich in anhaltende Kriege verstrickt, ohne einen glaubhaften Beleg für die Tauglichkeit militärischer Mittel zur Eindämmung des Terrorismus erbringen zu können. Die Anzeichen für eine Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sind stärker geworden, und damit auch die Gefahr, dass zum Massenmord bereite Tätergruppen Zugriff auf solche Waffen erlangen könnten. Die völkerrechtlichen Grundlagen für eine gemeinschaftliche Sicherheitspolitik der Staaten sind ebenso geschwächt wie die politische Autorität der Organisation der Vereinten Nationen. Die politischen Risse innerhalb des Westens sind nur oberflächlich gekittet, eine stabile Plattform für langfristig angelegtes gemeinschaftliches Handeln bieten sie nicht.

Die folgenden Analysen im Themenschwerpunkt ziehen eine Bilanz der bisherigen Terrorbekämpfung und bieten einen differenzierten Ausblick auf künftige Herausforderungen.

Jonathan Bach beschreibt die Probleme, die aus der Erweiterung der Terrorismusbekämpfungsrechte der amerikanischen Administration resultieren. **Christian Ströbele** und **Hans Er-lenmeyer** analysieren kontraproduktive und überzogene Reaktionen auf Terroranschläge. Der Beitrag von **Martin Kahl** beschäftigt sich mit den Terrorabwehrmaßnahmen der EU. **Kai Hirschmann** zeigt die Hintergründe des »Dschihadismus« auf. **Alyson J. K. Bailes** widmet sich der Frage der Proliferation nuklearer Kapazitäten.

In der Rubrik »Beiträge aus Sicherheitspolitik und Friedensforschung« drucken wir einen referierten Aufsatz von **Heiko Fürst** zu Minderheitenkonflikten in Rumänien ab.

Das »Forum« enthält Texte von **Stanimira Tchoubarova** und **Klavdija Cernilogar** zu den zivil-militärischen Beziehungen in Bulgarien und zum Problem der Demokratisierung zentralasiatischer Staaten.

Die nächste Ausgabe von S+F wird sich dem Themenschwerpunkt Asien widmen.

Hans J. Giessmann